

Wien, am Mittwoch, den 12. Dezember 1928

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 12. Dezember 1928.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 16 Uhr nachmittags die Sitzung. Es wird die Spezialdebatte über den Rechnungsabschluss des Jahres 1927 fortgesetzt. Zur Verwaltungsgruppe "Technische Angelegenheiten" führt GR. Prinke (E.L.) Beschwerde über die mangelhafte Strassenreinigung. Ganze Strassenzüge, ja ganze Bezirksteile, wie in Kaiserebersdorf sind unpassierbar. Ebenso mangelhaft ist, wie das letzte Frühjahr gezeigt hat, die Schneesauberung. Das Verfahren bei der Strassenreinigung müsste verbessert werden, da heute nur ein Teil der Strassen geölt wird. Im Strassenbau werden Gemeindemittel vergeudet. Die Oberzelle Agasse im III. Bezirk wurde zum Beispiel in kurzer Zeit dreimal hergerichtet und ist jetzt wieder schadhaft. GR. Prinke richtet an ST. Richter das dringende Ersuchen, dafür zu sorgen, dass endlich Kaiserebersdorf in die Wiener Wasserversorgung einbezogen wird, und urgiert ebenso dringend den Bau der Hafensbrücke im XI. Bezirk. Dem Einfluss der Christlichsozialen ist es gelungen zu erreichen, dass das Ministerium dem Gemeindeprojekt zugestimmt hat und es wurde tatsächlich auch in allen Fragen zwischen Gemeinde und Ministerium das Einvernehmen hergestellt mit Ausnahme der Frage des Seritutsentgelts. Auf eine in dieser Angelegenheit an die Gemeinde schon im September gerichtete Anfrage hat das Ministerium keine Antwort erhalten. In Wirklichkeit macht also die Gemeinde da Schwierigkeiten (Lebhafte Beifall bei der E.L.)

GR. Urban (E.L.) drückt sein Bedauern darüber aus, dass der Bericht des Kontrollamts sich zu der Gruppe technische Angelegenheiten in der Hauptsache nur auf buchhalterische Bemängelungen beschränkt habe und nicht in die Sache eingegangen sei. So ergibt sich aus diesem Bericht nicht, dass die Gartenpflege mangelhaft ist. Es wäre auch interessant zu erfahren, ob die technischen Werkstätten überhaupt für die Gemeinde liefern, was sie liefern und ob die bei Offertausschreibungen in Konkurrenz gezogen werden. Im Kontrollamtsbericht ist auch nichts darüber enthalten, wie desolat die Strassenreinigung ist und dass die Strassenbauten wie sich zum Beispiel bei der Strassenherstellung Säulengasse - Schubertgasse - Lustkandlgasse zeigt viel zu langsamem Tempo vor sich gehen. Insbesondere bemängelt es der Redner, dass der Kontrollamtsbericht nichts über das Granitwerk in Mauthausen und das Ziegelwerk in Oberlaa enthält, obzwar im Jahre 1927 die missliche Lage dieser beiden Unternehmungen bereits bekannt sein müsste (Lebhafte Beifall bei der E.L.)

GR. Stöger (E.L.) beschäftigt sich ausführlich mit dem Amalienbad. Wie sich aus den Rechnungsabschlüssen der Jahre 1923 bis 1927 ergibt, belaufen sich die Gesamtkosten für dieses Bad auf über hundert Millionen. Eine so erschreckende Summe wurde in der bitteren Zeit 1923 bis 1927 und noch dazu von einer Gemeindeverwaltung ausgegeben, deren Mehrheit für sich in Anspruch nimmt, Proletarierinteressen zu vertreten. Das Amalienbad kostete mehr als 12 Volksbäder der Art, wie etwa das Floridsdorfer Bad gekostet hat und es wäre der Bevölkerung viel mehr gedient gewesen, wenn an Stelle des Amalienbades etwa zwei Badeanstalten in der Größe des Jörgerbades gebaut worden wären. Dabei bleibt der Besuch des Amalienbades hinter dem der anderen Dampf- und Warmenbäder weit zurück und darauf ist es auch zurückzuführen, dass trotz der Erhöhung der Badepreise, der Badekartenerlöse der Dampf- und Warmenbäder hinter dem Voranschlag zurückgeblieben ist. Auch bei der

Ausgestaltung und Vergrößerung der Sommerbäder sollte die Gemeindeverwaltung vorsichtiger zu Werke gehen. Trotz der mit grossen Kosten durchgeführten Erweiterungen des Bades Krapfenwaldl ist der Besuch dieses Bades im Jahre 1927 um mehr als ein Drittel gegenüber dem Jahre 1926 zurückgegangen. (Lebhafte Beifall bei der E.L.)

St. R. Richter bemerkt, dass sich die Minderheit mit Recht über die Wiener Strassen beklagt, den tatsächlich sind sie das beste Vermächtnis aus der alten Zeit und aus dem Krieg (Widerspruch bei der Minderheit). Aber was zur Verbesserung der Strassen geschehen kann, geschieht, Alljährlich ist eine vollständige Erneuerung von 250.000 Quadratmeter und die Ausbesserung und Herrichtung von ungefähr 400.000 Quadratmetern vorgesehen. Trotzdem bleiben noch immer 540.000 Quadratmeter wassergebundene Makadamstrassen zurück, die wir, bis ein Umbau dieser Strassen möglich ist, durch die Strassenreinigung zu erhalten trachten. Hinsichtlich der Schneesauberung hat die Gemeinde durch die Einstellung einer Schneeablademaschine und durch die Versuche mit den Schneeverzehrungsöfen bewiesen, dass sie wirklich alles tut, was eine Verbesserung bringen kann. Auch die Gartenpflege wird, was der Voranschlag 1929 gewährt, verbessert. Was die Wasserleitung in Kaiserebersdorf betrifft so liegen in einer ganzen Reihe von Strassenzügen Wasserleitungsrohre über die Hausbesitzer weigern sich trotz Aufforderung die Rohre anzuschliessen. Bezüglich der Hafensbrücke im XI. Bezirk haben wir bisher auf unsere Ausstellungen wegen des Seritutsentgelts vom Ministerium keine Antwort erhalten, da die Verhandlungen über diese Brücke zu keinem Erfolg geführt haben, wurde der Bau der Angartenbrücke in den Voranschlag eingestellt. Schliesslich erklärt Stadtrat Richter, dass die Werke Mauthausen und Oberlaa lediglich deshalb abgestossen wurden, um einen Verkauf der Erzeugnisse, der bisher nicht möglich war, was die Entwicklung dieser Betriebe hemmte, zu ermöglichen und diese Betriebe so rentabler zu gestalten. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit).

Damit ist die Debatte über die Gruppe Technische Angelegenheiten beendet.

Es folgt die Debatte über die Gruppe Ernährung- und Wirtschaftswesen.

GR. Dr. Wagner (E.L.) beschäftigt sich eingehend mit den Verhältnissen im Wiener Lagerhaus. Obwohl die Gemeinde alles Mögliche unternimmt, sind die Abgangsziffern noch immer erschreckend gross. Es ergibt sich ein tatsächlicher Gebarungsabgang von 378.600 Schilling, der zwar geringer ist als im Vorjahr, aber immer noch erschreckend genannt werden muss. In den letzten drei Jahren haben die städtischen Lagerhäuser nahezu zwei Millionen Schilling Abgänge zu verzeichnen. Im Lagerhaus wird auch eine sehr merkwürdige Personalpolitik getrieben. Die Gemeinde selbst macht eigentlich sehr wenig um einen Aufschwung des Lagerhauses herbeizuführen. Es müsste aber alles getan werden, um mit Rücksicht auf die grosse Konkurrenz Pressburg die Bedeutung des Wiener Hafens zu heben. Stadtrat Breitner hat gestern hier erklärt, dass an den Bau der Hafensbrücke überhaupt nicht gedacht werden könne, solange der Streit um die Abgabenteilung nicht beendet sei. Diese Brücke hat aber auch für das Lagerhaus eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Der Redner beschäftigt sich dann noch eingehend mit dem Verkauf des Rathauskellerbetriebes und mit der städtischen Bäckerei.

Stadtrat Kokrda erwidert, dass die Konkurrenz mit Pressburg vom Lagerhaus stark empfunden werde. Eine gerechte Kritik müsste auch feststellen, dass die tschechoslovakische Regierung Jahr für Jahr grosse Subventionen an Pressburg gibt, um diese Konkurrenz zu fördern. Die österreichische Regierung kümmere sich aber um solche Fragen überhaupt nicht.

GR. Dr. Wagner: Wir haben einen Antrag im Parlament eingebracht:

Stadtrat Kokrda: Sie sind drüben Regierungspartei und es ist zu hoffen, dass dieser Antrag, wenn Sie ihn ernst meinen, auch angenommen wird. Wir haben berechnete Hoffnungen, dass unser Lagerhausbetrieb, wenn nicht sehr ungünstige Verhältnisse eintreten, bald ohne Defizit gebaren wird. Die Gemeinde hat den Rathauskellerbetrieb verkauft, weil sie die Methoden, die zur Führung eines solchen Betriebes notwendig sind, nicht anwenden wollte. Es ist zu hoffen, dass die Privatwirtschaft, die jetzt den Rathauskeller führt, alles unternimmt, um auch den österreichischen Weinbau zu fördern. Die städtische Bäckerei versorgt die Humanitätsanstalten mit Gebäck. Es ist ein sehr rationeller Betrieb und die Gemeinde hat davon einen grossen Nutzen. Würde dieser Betrieb der Gemeinde Verluste bringen, dann müsste er ebenfalls abgestossen werden. Davon kann aber heute keine Rede sein.

Stadtrat Kokrda bittet schliesslich, dem Rechnungsabschluss für die Gruppe VI zuzustimmen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Bei Gruppe VII "Allgemeine Angelegenheiten" stellt GR. Dr. Wagner fest, dass die Ueberschreitungen bei dieser Gruppe hauptsächlich auf die Ausgaben für die Gemeindegewache zurückgehen. Wir werden nicht aufhören, dagegen zu protestieren, dass für eine so überflüssige Institution in einer so bitteren Zeit Gemeindegeld verschwendet werden. Im Uebrigen freut er sich festzustellen, dass sich die unglückseligen Zustände, die früher im Verwaltungsausschuss VII geherrscht haben, gebessert haben, so dass nunmehr ein klagloses Arbeiten in diesem Ausschuss möglich ist. Das ist ein Verdienst des gegenwärtigen amtsführenden Stadtrates Linder. Es ist sicher dem Entgegenkommen und Takt des Stadtrates Linder zuzuschreiben, dass die Arbeiten hinsichtlich der stark gestiegenen Heimatangelegenheiten so vor sich gehen, dass man niemals auf einen Irrtum oder gar auf eine Bosheit gegen die Minderheit stösst. (Beifall bei der Mehrheit).

StR Linder spricht die Hoffnung aus, dass auch die Vertreter der Minderheit einmal Gelegenheit nehmen werden, die Gemeindegewache bei ihrer Arbeit zu sehen. Dann wird sich die Meinung über die Gemeindegewache ändern und es wird dann vielleicht auch eine Zeit kommen, wo diese Frage entpolitisiert wird. Stadtrat Linder spricht dem Gemeinderat Wagner den Dank für seine anerkennenden Worte aus und bemerkt, er habe sich immer bemüht, sein Referat rein sachlich frei von aller Politik zu führen. (Beifall bei der Mehrheit).

Damit ist auch die Debatte über die Gruppe "Allgemeine Angelegenheiten" beendet. Da zu Gruppe "Städtische Unternehmungen" kein Redner zum Wort gemeldet ist, ist die Debatte über den Rechnungsabschluss für das Jahr 1927 beendet.

Vorsitzender Gemeinderat Hofbauer teilt mit, dass sich der Finanzreferent wegen Unpässlichkeit entschuldigt und bekenntgegeben habe, dass er auf das Schlusswort verzichtet.

Der Rechnungsabschluss für das Jahr 1927 wird genehmigt, der Antrag Dr. Pfeiffer und Dr. Wagner, die Stellung des Wiener Kontrollamtes möge den Grundsätzen angepasst werden, welche für die Stellung des Rechnungshofes massgebend sind, wird abgelehnt.

Sodann werden die Bilanzen der städtischen Unternehmungen in Verhandlung gezogen.

Vizebürgermeister Emmerling bemerkt, im Jahr 1927 sind gegenüber dem Jahr 1926 bei allen Unternehmungen jene Fortschritte zu verzeichnen, die im Vorschlag angenommen wurden. Beim städtischen Gaswerk ist die Steigerung keine so sprunghafte mehr, weil mit einem Stand von 426.000 Gasmessern ein gewisser Sättigungsgrad

bereits erreicht ist. Der Ausbaubetrieb ist auch im Jahre 1927 fortgeschritten. Stärker beschäftigt ist namentlich auch das Werk in Leopoldau, das das Modernste ist und die mustergültige sozialpolitische Einrichtungen besitzt, so dass alle Besucher dieses Werks dort den Eindruck gewinnen, als ob es sich um ein eben erst neu errichtetes Werk handelt. Die Zahl der Gasmesser hat sich um 39.000 vermehrt, die Länge des Rohrnetzes ist entsprechend grösser geworden. Der Ueberschuss hat dieselbe Höhe, wie im Jahre 1926. Wenn also ein Gebirgsabgang ausgewiesen wird, so ist dies ebenso wie bei dem Elektrizitätswerk darauf zurückzuführen, dass wir bei diesen Unternehmungen die Vorteile des Investitionsbegünstigungsgesetzes in Anspruch nehmen. Das städtische Elektrizitätswerk hat gegenüber dem Jahr 1926 um mehr als 36 Millionen Kilowattstunden erzeugt. Auch die Stromabgabe ist gestiegen. Wir haben alles getan, um die Stromabgabe klaglos zu gestalten. Nehmen wir auch darauf Bedacht, dass die städtischen Unternehmungen pro Jahr mit einer Zunahme von 15 bis 20 Prozent zu rechnen haben und befassen uns deshalb eingehend einerseits mit den Projekten, die die Errichtung von Elektrizitätswerken in der Nähe von Wien zum Ziele haben, ebenso wie wir alles tun, um unsere Anlagen möglichst leistungsfähig zu gestalten. Wir haben in Simmering eine grosse Kraftstation errichtet und unsere Einrichtungen so gestaltet, dass Störungen, die von Aussen kommen, auf ein Mindestmass herabgedrückt werden können.

Wir haben um 45.000 Anschlüsse in einem einzigen Jahre mehr zu verzeichnen. Im Jahre 1919 hatten nur ein Drittel aller Wiener Wohnungen Gas und elektrische Beleuchtung, während heute umgekehrt nur ein schwaches Drittel aller Wiener Wohnungen ohne Gas und elektrisches Licht ist. Vizebürgermeister Emmerling gedenkt sodann der ausgreifenden Verbetätigkeit der Elektrizitätswerke für ihre Erzeugnisse und stellt fest, dass in der Richtung die städtische Anknüpfungsanstalt sehr viel geleistet hat.

Aus den Bergwerksbetrieb Zillingdorf haben wir 46.000 Waggons Kohle herausgeholt. Dadurch sind wir nicht mehr auf die Auslandskohle angewiesen und beziehen heute nur mehr einen Bruchteil von draussen. Bei der Strassenbahn kommt eine Steigerung von 2¹/₃ Millionen Betriebswagenkilometer und eine Steigerung von 3¹/₆ Millionen Anhängewagenkilometer im Jahre 1927 verzeichnet werden. Die Zahl der im Wagen gelösten Fahrscheine geht ständig zurück. Der Vorverkauf, die Strecken- und Netzkarten werden immer mehr benützt. Bei diesem Betrieb ergibt sich ein Abgang von 12¹/₅ Millionen Schilling, davon entfallen 12¹/₂ Millionen auf die Strassenbahn und der Rest auf den Kraftstellwagenbetrieb. Es muss auch gesagt werden, dass unsere Strassenbahn zu gewissen Tagesstunden nicht mehr im Stande ist, den Verkehr klaglos zu bewältigen. Wir haben das stärkste Strassenbahnnetz von allen Grossstädten. Es wird jetzt versucht durch die Einführung von Autobuslinien eine klaglose Bewältigung des Verkehrs herbeizuführen. Es zeigt sich eben sehr deutlich der Mangel einer Untergrundbahn.

Der Redner bespricht dann noch die Bilanz der städtischen Leichenbestattung, die einen Ueberschuss aufweist, der dem Umsatz entspricht, wenn man berücksichtigt, dass dieses Unternehmen die Grableichen zu besorgen hat.

GR. Zimmerl (S.L.) stellt fest, dass die Minderheit immer verlangt hat, dass zu den Bilanzen auch die Unterlagen gegeben werden. Dazu gehört vor allem das Inventar. Ein bezüglicher Antrag wurde aber abgelehnt. Wir sind auf das angewiesen, was uns hier gedruckt als Bilanz der städtischen Unternehmungen vorliegt.

Dritter Bogen

Die Abschreibungsposten entscheiden sehr die Bilanzen. Was sie sich auf diesem Gebiet leisten, kann man ^{schon} Abschreibungskoller nennen. Ihre Abschreibungsquoten sind unerschöpflich. Der Grund für diese hohen Abgaben ist der Wunsch einer ^{nach} Tarifierhöhung. Sie ziehen heute einen viel grösseren Nutzen aus den Unternehmungen als die frühere Verwaltung. Während im Jahre 1913 der Nutzen der damaligen Gemeindeverwaltung an den Elektrizitätswerken, Gaswerken und an der Strassenbahn 26.2 Millionen Schilling ausmachte, ziehen Sie heute aus diesen Werken einen direkten oder indirekten Nutzen von 34.3 Millionen. Die Abschreibungen, wie Sie sie durchführen, sind nicht nur unsinnig, sie sind sogar sträflich. Bei anderen Betrieben schreiben Sie wieder zu niedrig ab. Das ist z.B. beim Amalienbad der Fall. Dieses hat zehn Millionen Schilling gekostet, davon Sie 2.5 Prozent abschreiben, denn wenn Sie beim Amalienbad so wie bei den grossen Unternehmungen abschreiben würden, könnten Sie mit dem Amalienbad baden gehen, da niemand ^{dann} wegen der hohen Bäderpreise das Amalienbad aufsuchen könnte. Aus all dem ergibt sich für uns die Tatsache, dass wir für die Bilanzen nicht stimmen können. (Beifall bei der Minderheit).

GR Scholz (E.L.) erklärt, dass mit den hohen Abschreibungen eine politische Absicht verbunden sei, nämlich die, nicht mit den hohen Tarifen herunter gehen zu wollen. Die Ziffern des Rechnungsabschlusses sind ganz ungewichtig. Das heiterste beim Elektrizitätswerk ist das Braunkohlenbergwerk Zillingdorf, wo Sie geradezu Kardinalfehler gemacht haben. GR Scholz spricht sodann von den ^{Störungen} bei den Strassenbahnen und weist darauf hin, dass im Jahre 1927 915 Ausfahrten notwendig waren um die Störungen zu beheben. Bei einer Zunahme der Frequenz von 615 auf 638 sind im ganzen 30 neue Strassenbahnwagen und 70 neue Stadtbahnwagen eingestellt worden. Der Redner beschwert sich schliesslich darüber, dass trotz der Bestellung der Autobusse und der Genehmigung der Touren und Tarife sind noch immer nicht in Betrieb gestellt worden sind. (Lebhafte Beifall bei der E.L.)

GR Lehninger (E.L.) spricht die Hoffnung aus, dass sich diesmal die Versprechungen des Vizebgm. Emmerling bewahrheiten werden. Er befasst sich ^{ausführlich} mit den Strassenbahnen und erklärt, dass die Bilanzen nur dazu bestimmt sind, die Bevölkerung über das wirkliche Betriebsergebnis hinwegzutäuschen. Die Zahl der erfahrtleistungen, die Zahl der beförderten Personen ist gestiegen, nur die Einnahmen sollen kleiner geworden sein. Die Tarife wurden um 50 Prozent erhöht, die Personalauswendungen seit dem Jahre 1926 nur um 10 Prozent. Die Sozialdemokraten haben in ihrer zehnjährigen Herrschaft kaum 15 Kilometer Strassenbahngelise gelegt. Der Redner führt sodann Beschwerde über die grosse Zahl der Unfälle bei der Strassenbahn und gibt als Ursachen hierfür die mangelhafte Revision, die Ersparnis an Personal, die Ueberlastung des Personals und die Ueberfüllung der Strassenbahn der Wagen an. (Lebhafte Beifall bei der E.L.)

Vizebgm. Emmerling bestreitet die Richtigkeit der vom Gemeinderat Zimmerl hinsichtlich der Abschreibungen angeführten Daten und bemerkt, die vom Gemeinderat Zimmerl angeführte Methode würde einen Kaufmann an den Weg der Krida bringen. Wir haben eine Kontrolle der Bilanzen auf die sich gerade die Minderheit sehr gut verlassen kann, nämlich die Steuerbehörde. Vizebgm. Emmerling weist sodann nach, dass die Gaspreise in Wien niedriger sind, als in Lins, Graz, Salzburg und in den deutschen Städten und weist in einer Besprechung der Störungen bei der Strassenbahn und der Strassenbahnunfälle darauf hin, dass daran nicht etwa nur die Anlage sondern vielfach auch Zufälle sowie die Sorglosigkeit der Fahrer der Fuhrwerke ^{schuld} sind. Die Zahl der Unfälle in London ist beispielsweise auf den Kopf der Bevölkerung ungleich grösser als in Wien. Was die Vermehrung des Wagenparks betrifft, so sind heuer im Frühjahr eine Reihe Wagen in Betrieb genommen worden und werden in kurzer Zeit 200 neue Wagen eingestellt werden. Vizebgm. Emmerling ersucht schliesslich den Bilanzen der Unternehmungen zuzustimmen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit).

Jahr 1927 wird mit Mehrheit die Genehmigung erteilt.

Der Bilanz der städtischen Unternehmungen für das

Sitzung

Der Vorsitzende Hofbauer schliesst um 10 Uhr die